

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 464

Einwohnerratssitzung vom Montag, 25. September 2017, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	33 Personen des Einwohnerrates 5 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Sylvie Anderrüti, Marc Bürgi, Stephan Ebert, Eva Keller, Andrea Klein, Simon Schärer und Urs Schnei- der Gemeinderat: Christine Gogel, Emanuel Trueb
Vorsitz	Emil Job
Protokoll	Katarina Hammann
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) für den Rest der Amtsperiode: Rolf Hohler, SVP, anstelle von Philippe Doppler 3071
2. Teilrevision des Personalreglements – 2. Lesung 3041
3. Teilrevision Reglement über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) – 2. Lesung 3036
4. Verfahrens Antrag der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Vorbera- tung Vorlagen durch BPK – Änderung des Geschäftsreglements“ 3045
5. ~~Motion~~ Verfahrens Antrag der CVP, Andrea Klein, betreffend „Automati- sche Überweisung von Geschäften an die Bau- und Planungskommission (BPK)“ 3042
6. ~~Motion~~ Verfahrens Antrag der CVP, Andrea Klein, betreffend „Änderung der ständigen Mitglieder in der Bau- und Planungskommission (BPK)“ 3043
7. Postulat der CVP, Andrea Klein, betreffend „Digitalisierung der Einwoh- nerratssitzungen“ 3044
8. ~~Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Hochwasserschutz in Pratteln“~~ 3058
9. Beantwortung Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „S-Bahn Haltestelle Buholz / Rankacker“ 3061
10. Postulat der FDP-Fraktion, Thomas Sollberger, betreffend „Energieerzeu- gende Fassade für das Schulhaus Längli“ 3062

- | | | |
|-----|--|------|
| 11. | Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, betreffend „Rettung aus Hochhäusern bei Brandfall“ | 3064 |
| 12. | Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, betreffend „Beschattete Parkplätze beim Schwimmbad“ | 3065 |
| 13. | Postulat der FDP-Fraktion, Urs Baumann, betreffend „Einstellhalle unter dem alten Feuerwehrmagazin“ | 3068 |
| 14. | Postulat der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Bereitstellung von Ladestellen für Elektrofahrzeuge“ | 3069 |
| 15. | Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Sanierung/Renovation der gemeindeeigenen Gebäuden“ | 3070 |
| 16. | Fragestunde | |
-

Begrüssung durch Emil Job, Präsident

Liebe Einwohnerrätinnen, liebe Einwohnerräte, liebe Gemeinderätin, liebe Gemeinderäte, liebe Presse und geschätztes Publikum. Ich begrüsse sie zur 464. Einwohnerratssitzung.

Präsenz

Es sind zurzeit 33 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Mitteilungen Einwohnerrat

- **Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende September 2017:** Das Nachrückenden-Verfahren ist eingeleitet. Die Verabschiedung erfolgt am Schluss der Sitzung. Der Präsident verliest das Rücktrittsschreiben: *„Wie bereits publiziert ist, werde ich per 1. Januar 2018 die Stelle als Abteilungsleiter Finanzen auf der Gemeinde Pratteln antreten. Dass das Amt als Einwohnerrat mit der neuen beruflichen Aufgabe nicht vereinbar ist, versteht sich von selbst. Aus diesem Grund trete ich per Ende September 2017 vom Einwohnerrat und somit auch von meinem Amt als Präsident der RPK zurück. Auch wenn der Stellenantritt erst per Januar 2018 erfolgt, möchte ich es vermeiden, bis dahin in Interessenskonflikte aufgrund des Engagements im Einwohnerrat, insbesondere aber in der RPK zu geraten. Deshalb der frühzeitige Rücktritt. Mit dem Stellenantritt auf der Gemeindeverwaltung schlage ich für mich ein neues Kapitel auf. Gleichzeitig schliesst sich das Kapitel Einwohnerrat nach 12 Jahren und 109 Sitzungen. Ich werde des Amtes wegen auch in Zukunft punktuell den Einwohnerratssitzungen beiwohnen, insofern werden wir uns weiterhin begegnen. Ich wünsche Euch weiterhin gutes Gelingen und gehaltvolle Diskussionen im Einwohnerrat zum Wohle von Pratteln. Mit freundlichen Grüssen, **Philippe Doppler.**“*

Mitteilungen Gemeinderat (gezeigt werden Folien, siehe Anhang)

GP Stephan Burgunder: Sehr gerne mache ich die 1. Information aus dem Gemeinderat. Ziel dieser Information ist es, dass der Rat Neuigkeiten und Aktuelles aus 1. Hand erfährt. Damit schafft der Gemeinderat Transparenz und Verständnis. Diskussion im Einwohnerrat ist danach nicht gewünscht, aber gerne nehme ich bilateral Feedbacks und Anregungen entgegen. Heute ist mir wichtig, dass ihr informiert werdet, bevor ihr den Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2022 erhaltet. Im Investitionsprogramm wird der Betrag von CHF 35 Mio. herausstechen. In der Zeitung konnte ich lesen, dass mit rund 88'000 Geburten in der Schweiz, soviel Kinder auf die Welt gekommen sind, wie seit 1972 nicht mehr. Im August 2017 haben in Basel 263 Geburten stattgefunden; auch das ist ein Rekord seit 20 Jahren. Neben der Geburtenrate wissen wir das Pratteln wächst und wenn dies der Fall ist, muss man auch die notwendigen Infrastrukturen schaffen. Aus diesem Grund plant der Gemeinderat ein neues Schulhaus mit einer Dreifachturnhalle im Gebiet vom eh. Verteilzentrum Coop, in der Nähe des bestehenden Schulhauses Münchacker. (Anhang 1) Die Logis Suisse AG hat im Jahr 2016 das rund 43'000 km² grosse Areal erworben. Logis Suisse ist eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft, die Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete vermietet d. h. dass sich die Mietzinsen nach den effektiven Kosten richten sollen. Logis Suisse beabsichtigt einen Teil der neuen Wohnnutzung für das eigene Portfolio zu entwickeln und $\frac{3}{4}$ der Wohnnutzung an Basler Wohngenossenschaften abzugeben. Diese Wohngenossenschaften sind als Entwicklungspartner bereits im Entwicklungsprozess miteingebunden. Im letzten Jahr wurde unter Federführung der Firma Planpartner ein Workshop mit der Logis Suisse und weiteren Nutzer durchgeführt. Anwesend waren auch einige Fachexperten aus verschiedenen Bereichen sowie Vertreter der Gemeinde aus Verwaltung und Gemeinderat. Entstanden sind wichtige Leitsätze als Basis für die Entwicklung des gesamten Gebietes. Gleichzeitig haben wir auch Anliegen z. B. eine unterirdische Sammelstelle (Glas/Dosen) usw. eingebracht. Ein bisschen später haben wir unser Anliegen mit dem Schulhaus und der Dreifachturnhalle platziert. Sowohl Logis Suisse als auch die Planer haben das so aufgenommen. Entstanden sind ein umfangreiches Pflichtenheft und ein Studienauftrag für ein städtebauliches Konzept über das gesamte Gebiet. Der Auftrag ist bereits an 10 Planungsteams rausgegangen. Die Vision der Logis Suisse, ein attraktives und lebendiges Gebiet zu schaffen, deckt sich mit den Absichten des Gemeinderates. (Anhang 2) Der konzeptionelle Entwurf der Schulanlage ist Teil des Studienauftrages. Geplant ist ein Schulgebäude für 14 Klassen inkl. dazugehöriger Räumlichkeiten, eine Dreifachturnhalle und die gesamte Aussenanlage. Vereinbart wurde, dass die Schulanlage im Eigentum der Gemeinde Pratteln sein wird. (Anhang 3a) Unterhalb des Schulhauses Münchacker kommt der neue, bewilligte Doppelkindergarten Münchacker. Die Parzelle 689 möchte der Gemeinderat als Reserve für einen weiteren möglichen Kindergarten kaufen. Diesbezüglich sind wir mit der Logis Suisse bereits handelseinig und wir werden diese Parzelle kaufen. Wenn wir den ganzen Planungssperimeter auf der linken Seite anschauen, dann kann das Schulhaus und die Dreifachturnhalle in etwa wie auf diesem Plan stehen. Der Vorteil ist, dass es in der Nähe des bestehenden Schulhauses Münchacker liegt. (Anhang 3b) Die Dreifachturnhalle kann im Erdreich versenkt werden. Das Schulhaus soll mit der Turnhalle kombiniert werden, so dass die Grundfläche möglichst gut ausgenützt wird. Im Erdgeschoss soll die Eingangshalle für das Schulhaus angeordnet sein. Das restliche Raumprogramm inkl. Pausenplatz kann in den oberen Geschossen organisiert werden. Der Gemeinderat legt Wert auf eine konzeptionell effiziente und dadurch kostengünstige Variante. Wie es konkret am Schluss aussehen wird, wissen wir alle noch nicht, aber als Modell könnte es so aussehen. (Anhang 4) Als weiteres werden die 10 Architektenteams ihr Projekt bis Januar 2018 einreichen und nach der Jurierung wird eine Ausstellung für die Öffentlichkeit vorgesehen. Eine grosse Chance für das ganze Quartier sehen wir auch in der Zwischennutzung. Durch Belebung und schrittweise Öffnung dieses Areals soll sich dort ein Ort mit positivem Image bilden. Ich bin gespannt, wie es weiter geht und ich hoffe, ich konnte euch „glücklich“ machen, auf eine tolle, weitere Entwicklung in Pratteln.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der FDP-Fraktion, Urs Baumann, betreffend „Ludothek“ vom 17. September 2017
- Interpellation der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Jugendfeuerwehr in Pratteln“ vom 22. September 2017
- Interpellation der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz“ vom 18. September 2017
- Kleine Anfrage der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Velochoas Bahnhof Nord“ vom 25. September 2017
- Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend „Beschattung versiegelter Flächen in Pratteln“ vom 25. September 2017

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Urs Schneider hat das Büro gebeten, aufgrund seiner Abwesenheit **Geschäft Nr. 3058, Interpellation der SVP-Fraktion betreffend „Hochwasserschutz in Pratteln“** abzusetzen. Das Geschäft wird von der Traktandenliste gestrichen.

Als Tischvorlage liegt das **Geschäft Nr. 3071, Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode: Rolf Hohler, SVP, anstelle von Philippe Doppler**, auf. Das Geschäft wird neu als 1. Traktandum behandelt.

Abstimmung über das bereinigte Geschäftsverzeichnis

://: Der Rat stimmt der Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses mit grossem Mehr zu.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3071

Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) für den Rest der Amtsperiode: Rolf Hohler, SVP, anstelle von Philippe Doppler

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 21. September 2017

Weitere Wahlvorschläge liegen nicht vor und auch an der Sitzung wird kein weiterer Vorschlag gemacht. Der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtszeit bis 30. Juni 2020:

://: Rolf Hohler, SVP

Geschäft Nr. 3041

Teilrevision des Personalreglements – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 8. Februar 2017

Im Ausstand befindet sich Philippe Doppler. Damit sind während der Behandlung von Geschäft Nr. 3041 32 Personen anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

GP Stephan Burgunder: Aus der 1. Lesung war noch die Frage offen, ob die Mitglieder der Vorsorgekommission in den Stiftungsrat der ASGA gewählt werden können. Die ASGA Pensionskasse betreibt das BVG-Geschäft im obligatorischen und überobligatorischen Bereich. Die ASGA Pensionskasse die den obligatorischen Teil betreibt, ist keine Stiftung, sondern eine Genossenschaft; das oberste Organ ist die Delegiertenversammlung. Die ASGA Vorsorgestiftung betreibt das ausserobligatorische Geschäft der beruflichen Vorsorge, also Kaderlösungen; dort gibt es einen Stiftungsrat. Da wir als Gemeinde jedoch nur den obligatorischen Teil haben, ist für uns die Delegiertenversammlung das oberste Organ. Die laufende Amtsperiode der Delegierten läuft noch bis zum Jahr 2020. Aufgrund der Grösse der Gemeinde Pratteln kann sowohl eine Arbeitnehmer- wie auch eine Arbeitgebervertretung in dieser Delegiertenversammlung Einsitz nehmen. Die Vorsorgekommission wird sich zur gegebenen Zeit dazu Gedanken machen.

2. Lesung

§ 32	Mitspracherecht
§ 38	Berufliche Vorsorge

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die 2. Lesung ist beendet.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Teilrevision des Personalreglements vom 24. Januar 2000 wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 30. Oktober 2017.

Geschäft Nr. 3036

Teilrevision Reglement über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 16. Mai 2017

Im Ausstand befindet sich Philippe Doppler. Damit sind während der Behandlung von Geschäft Nr. 3041 32 Personen anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Da keine Wortmeldung erfolgen, kommen wir zur 2. Lesung.

§ 2 Abs. 7 Diverse

§ 7 Berufliche Vorsorge (neu)

§ 7 bis Unfallversicherung (neu)

§ 7 ter Entlöhnung bei Ausfall der Arbeitsleistung (neu)

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die 2. Lesung ist beendet.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 31 Ja bei 1 Enthaltung:

://: Die Teilrevision des Reglements über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtlichen Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) vom 24. Mai 2004 wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 30. Oktober 2017.

Geschäft Nr. 3045

Verfahrensantrag der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Vorbera-tung Vorlagen durch BPK – Änderung des Geschäftsreglements“

Aktenhinweis

- Verfahrensantrag der SVP-Fraktion, Urs Schneider, vom 20. Februar 2017

Christian Schäublin: Die letzte Zeit hat es gezeigt, dass Planungs- und Bauvorhaben die im Einwohnerrat behandelt wurden, immer an die BPK überwiesen worden sind. Die Anzahl ist zunehmend und die Geschäfte grösser, bedeutender und umfangreicher geworden. Die SVP-Fraktion denkt, dass mit einer gleichzeitigen Aufstockung der Kommission von 5 auf 7 Mitglieder, der zunehmenden Bedeutung dieser Kommission gerecht werden kann und die Fraktionen dadurch angemessener vertreten werden. Insgesamt wird mit diesem Antrag bzw. mit dieser Verbesserung die Arbeit effizienter. Aus diesem Grund bitten wir, den Verfahrensantrag zu unterstützen und dem Büro zu überweisen, damit das Büro dies entsprechend ausarbeiten kann.

Mauro Pavan: Ich kann den Worten des Vorredners zum Teil folgen. Das mit der Bedeutung der Bauvorlagen sieht die SP-Fraktion genauso. Selber haben wir dies auch vor langem einmal angeregt, dies wurde damals jedoch abgelehnt. Die SP-Fraktion schliesst sich dem nach wie vor an. Was wir nicht sehen, ist, warum wir diese Kommission unnötig aufblasen sollten. Die Rücksprache mit allen bisherigen BPK-Mitgliedern unserer Fraktion hat ergeben, dass dies nicht unbedingt einen Bedarf und auch keinen Mehrwert gebe. Mir ist nicht klar, wie das heutige Vorgehen ist, ob wir konkret schon beantragen, dass es so geändert wird, dann empfehle ich, auf Änderung des 1. Antrags 3.3.4.1 Mitgliederzahl zu verzichten, ansonsten wir dies beantragen werden, wenn das Geschäft erneut im Einwohnerrat behandelt wird.

Urs Baumann: Die FDP-Fraktion unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung, erachtet es jedoch nicht als sinnvoll, dass diese drei Geschäfte in einem 40er-Gremium behandelt werden. Wir beantragen, dass das Geschäft an eine Spezialkommission überwiesen wird. Die Spezialkommission kann dies anschauen und dann effizient im Einwohnerrat beraten lassen.
Antrag Urs Baumann

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen unterstützt diesen Verfahrensantrag und zwar beide Teile. Wir finden es eine gute Idee, dass es neu 7 Mitglieder in der BPK geben soll. Auch finden wir es gut, wenn die Baugeschäfte in der Regel direkt vom Büro überwiesen werden. Mauro Pavan hat gefragt, wie es weiter geht. So wie ich es verstehe, geht es jetzt zum Büro und das Büro wird das Geschäft dann traktandieren, damit der Rat über die Reglementsänderung beschliessen kann. Im Rahmen der zwei Lesungen kann dann über die Formulierungen im Rat gestritten werden. Von mir aus ist eine Überweisung an eine Spezialkommission zum jetzigen Zeitpunkt völlig überflüssig, weil wie es Urs Schneider geschrieben hat, bereits sehr gut formuliert ist. Er sagt, dass Vorlagen direkt vom Büro überwiesen werden können. Das gibt uns eine grosse Flexibilität, denn das Büro kann sagen, dass sie es nicht machen, es ein zu kleines Geschäft und nicht zur BPK muss und es dann direkt in den Einwohnerrat bringen. Wenn der Einwohnerrat dennoch findet, dass es in die BPK soll, kann es dann noch immer an die BPK überwiesen werden. Die Formulierung von Urs Schneider ist wirklich gut, denn es gibt uns die grösstmögliche Flexibilität und ist sehr pragmatisch. Ich glaube, man kann es ziemlich genau so in das Geschäftsreglement des Einwohnerrates übernehmen und es braucht auch keine Spezialkommission, um darüber zu diskutieren.

Gert Ruder: Das Wesentliche hat Benedikt Schmidt bereits gesagt. Ich empfehle dem Rat, das Geschäft an eine Spezialkommission zu überweisen, nicht zu unterstützen. Für mich ist die Spezialkommission in diesem Moment in erster Linie das Büro des Einwohnerrates, schliesslich geht es um das Reglement des Einwohnerrates. Das Büro macht eine Vorlage und dann gibt es im Rat eine 1. und 2. Lesung zu behandeln. Während der 1. oder 2. Lesung kann das Geschäft dann noch immer an eine Spezialkommission überwiesen werden, wenn man das Gefühl hat, dass es zu kompliziert ist oder wenn Urs Baumann das Gefühl hat, es müsse an eine Spezialkommission überwiesen werden.

Jens Dürrenberger: Ich empfehle den Verfahrensantrag von Urs Schneider. Viele Sachen sind nicht geklärt, die in einer Kommission vielleicht besser geklärt werden können. Ob das Büro oder eine Spezialkommission dies machen soll, kann in einer stundenlangen Diskussion geklärt werden aber ob man das möchte, kann jetzt entschieden werden. Wenn es nun keine Voten mehr gibt, beantrage ich jetzt, darüber abzustimmen und dann kann man weiterschauen.

Urs Baumann: Wir von der FDP-Fraktion erachten es als nicht sehr sinnvoll, wenn das Büro entscheiden kann, ob ein Geschäft an die BPK überwiesen oder nicht überwiesen wird. Das ist ein Zeitverlust; das Büro entscheidet, es geht nicht zur BPK, wir diskutieren hier wieder stundenlang und am Schluss wird es dann doch an die BPK überwiesen. Diese Diskussionen können wir uns sparen, wenn klar ist, welche Geschäfte wie und warum an die BPK gehen sollen. Ich denke, es ist effizienter, wenn dies jetzt an eine Spezialkommission geht, dort beraten wird, dann entschieden wird und mit einer vernünftigen Vorlage wieder in den Rat kommt.

Benedikt Schmidt: Liebe FDP, wenn ihr eine Kommission möchtet, dann ist das euer gutes Recht, aber jetzt ist schlichtweg der falsche Zeitpunkt dafür. Zuerst möchte ich das Geschäft dem Büro zum Überarbeiten geben, dann kommt es zurück in den Einwohnerrat in zwei Lesungen. Das ist dann der richtige Zeitpunkt, um das Geschäft an eine Spezialkommission zu überweisen. Jetzt wissen wir noch gar nicht, ob der Einwohnerrat dies mit einer Mehrheit will. Zuerst müssen wir abstimmen, ob wir das wollen und wenn es dann zurückkommt, kann man es allenfalls einer Kommission geben. Ich halte dies noch immer nicht als sinnvoll. Ich finde die Formulierungen im Antrag wirklich gut und der Freisinn könnte sich überlegen, ob er eine liberale Lösung will, eine die möglichst wenig Paragraphen enthält. Im Text steht „in der Regel“ und man kann davon ausgehen, dass das Büro die allermeisten Geschäfte überweisen wird. Wir brauchen keinen Katalog, welche Geschäfte, ab welcher Summe / Baufläche / Nutzungsfläche an die BPK überwiesen werden müssen. Lasst es einfach bei „in der Regel“, das wäre liberal.

Andreas Seiler: Noch zur Ergänzung: Unsere Idee ist, das Verfahren zu beschleunigen und nicht, dass das Büro zuerst entscheiden muss, ob das Geschäft an Einwohnerrat oder an die BPK geht, denn dann sparen wir ein paar Tage, die zwischen der Einwohnerratssitzung und der Bürositzung liegen. Die Idee ist, dass z. B. der Gemeinderat das Geschäft direkt an die BPK gibt und es danach in den Einwohnerrat geht, so wie es bei der Rechnung und dem Budget auch der Fall ist, wo es an die RPK geht. Dann würden wir Zeit sparen. Man hätte z. B. die Sondervorlagen Baukredite Kindergärten, die der Gemeinderat im Dezember bereit hatte, direkt an die BPK geben und dort behandeln können, bevor eine Einwohnerratssitzung oder Bürositzung stattgefunden hat. Das wäre ein Mehrwert. Wir wollten jetzt auch keine Diskussion darüber, sondern dass eine 7er-Kommission, bei der jede Fraktion ihre Leute delegieren kann, sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Dann könnte man eine entsprechende Reglementsänderung erstellen und würde dann wieder zum Einwohnerrat kommen. Selbstverständlich kann auch das Büro etwas machen. Im Rat könnte man es dann abändern oder an eine Kommission geben. Dies wäre jedoch nicht sinnvoller. Darum bitten wir den Rat, das Geschäft an eine Spezialkommission zu überweisen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Das Eintreten ist unbestritten.

Verfahren

Gemäss Geschäftsreglement hat bei Zustimmung des Rates das Büro oder eine Spezialkommission eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Das heisst, der Rat muss zuerst den Antrag überweisen und dann hat der Rat zu entscheiden, ob es an das Büro oder eine Spezialkommission geht.

Abstimmung, ob der Rat einer Überweisung zustimmt.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Der Verfahrens Antrag Nr. 3045 wird überwiesen.

Weitere Diskussion

Kurt Lanz: Da das Geschäft nun überwiesen ist, kann ich auch darüber diskutieren, ob das Geschäft an eine Spezialkommission gehen soll. Ich mache beliebt, dass das Büro eine Vorlage macht, damit wir hierin darüber diskutieren und es dann immer noch an eine Spezialkommission überweisen können. Das Ganze hat den Vorteil, dass die Spezialkommission dann genau weiss, was gesagt wurde und dies mitnehmen kann. Wenn wir normalerweise das Geschäft an eine Spezialkommission überweisen, dann ist ein Papier vorhanden, wo genau draufsteht, um was es geht und wo der Gemeinderat erstellt. Jetzt macht es anstelle des Gemeinderates unser Büro. Aber wir haben dann etwas, über das wir reden können und können es dann auch noch immer an eine Kommission schicken, die dann weiss, was wir wollen, da sie uns gehört hat. Darum ist mir dieser auch der liebere Weg. Darum bitte ich, den Verfahrens Antrag nicht an eine Kommission zu überweisen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und wir kommen daher zur Abstimmung, an wen der Antrag überwiesen wird.

Der Rat beschliesst mit 24 Nein zu 7 Ja bei 2 Enthaltungen:

://: Der Verfahrens Antrag Nr. 3045 wird nicht an eine Spezialkommission überwiesen. Damit wird der Verfahrens Antrag an das Büro überwiesen.

Geschäft Nr. 3042

Motion Verfahrens Antrag der CVP, Andrea Klein, betreffend „Automatische Überweisung von Geschäften an die Bau- und Planungskommission (BPK)“

Geschäft Nr. 3043

Motion Verfahrens Antrag der CVP, Andrea Klein, betreffend „Änderung der ständigen Mitglieder in der Bau- und Planungskommission (BPK)“

Aktenhinweis

- Verfahrens Anträge der CVP, Andrea Klein, vom 7. Februar 2017

Da der Verfahrens Antrag Nr. 3045 überwiesen wurde, hat Andrea Klein mitteilen lassen, dass sie die Geschäfte Nr. 3042 und 3043 zurückzieht.

Geschäft Nr. 3044

Postulat der CVP, Andrea Klein, betreffend „Digitalisierung der Einwohnerratssitzungen“

Aktenhinweis

- Postulat der CVP, Andrea Klein, vom 9. Februar 2017

GP Stephan Burgunder: Ich glaube es ist bekannt, dass mir das Postulat aus dem Herz spricht. Eines von unseren Legislaturzielen heisst, dass wir als Gemeinde über das am weitesten entwickelte digitale Dienstleistungsangebot in der Nordwestschweiz verfügen wollen. Im Aufgaben- und Finanzplan auf Seite 17 steht unter wichtige Projekte „Digitale Akten GR und ER“. Pratteln ist eines von wenigen Gemeinden, die bereits über ein Mobile-App verfügt. Letzten Freitag war ein sehr guter Bericht im Prattler Anzeiger zu unserer modernen Parking-App. Für die Gemeinderatssitzungen werden die Unterlagen seit letztem Jahr nur noch digital zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Schritt könnte jetzt die Digitalisierung von Dokumenten des Einwohnerrats sein. Der Gemeinderat ist gerne bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen.

Dieter Schnetzer: Das Votenprotokoll, dass wir nach jeder Sitzung bekommen, bedeutet ca. 40 Stunden Arbeit, dazu erhält man noch einen Haufen Post. Ehrlich gesagt, möchte ich nicht fragen, wer seit dem letzten Mal darin reingeschaut hat. Wir könnten das auch am Bildschirm lesen. Auch Digitalisierungsmuffel, wie ich einer bin, können sich von diesem Aufwand, der hier betrieben wird, leider nicht verschliessen und können dem Antrag zustimmen. Der Versand aller Unterlagen ist enorm. Auch hier könnten wir Kosten sparen. Die FDP-Fraktion bittet den Rat, das Postulat zu überweisen.

Andreas Moldovanyi: Ich bedanke mich bei Andrea Klein für dieses Postulat. Die SP-Fraktion ist für eine Überweisung. Ich finde, dass Postulat geht noch viel zu wenig weit. Ich bin sehr froh über die Worte von GP Stephan Burgunder und danke gleichzeitig auch für die Mitteilung am Anfang der Sitzung, die eine Visualisierung gezeigt hat, wie es hoffentlich auch künftig der Fall sein wird. Man kann mit sehr modernen und relativ günstigen Mitteln sehr gute Effekte darstellen und uns die Sachen, die man zeigen muss/kann auch zeigen. Dann kann man sich auch ein besseres Bild machen. Bisherige Abstimmungen im Rat haben immer wieder gezeigt, wenn wir nicht ein digitales oder elektronisches Zählsystem einführen, zurückgehen und das Hammelsprung-System der Deutschen einführen könnten, bei der die Parlamentarier durch Durchschreiten verschiedenen Eingangstüren ihr Stimmverhalten ausdrücken. Ich danke für eine Überweisung.

Gerold Stadler: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Überweisung. Ich hätte persönlich einen ähnlichen Vorstoss gemacht und befürworte diesen sehr stark. Man kann effizienter arbeiten und Kosten sparen. Ob wir ein elektronisches Wahlsystem zustande bringen weiss ich nicht, denn das ist wahrscheinlich eine Nachwirkung des letzten Legislaturjahres. Wenn es möglich ist, warum nicht. Darum empfehlen wir die Überweisung.

Kurt Lanz: Ich denke, als eidg. dipl. Telematiker verschliesse ich mich dem nicht. Am Ende des Postulates Nr. 3044 steht, dass der Gemeinderat prüfen kann, wie eine Digitalisierung vorangetrieben werden kann und ein Konzept mit Kosten erstellen. Für mich ist jedoch sehr wichtig, dass niemand benachteiligt wird, der vielleicht nicht so affin ist mit der ganzen Digitalisierung und bin auf die Vorschläge des Gemeinderates gespannt. Ich habe mein Anliegen vorgebracht, damit der Gemeinderat weiss, dass es Leute gibt, die jobmässig mit Digitalisierung zu tun haben, man aber trotzdem auch ein Auge auf die anderen hat, damit diese nicht unter die Räder kommen. Letztendlich sind wir das Abbild einer Demokratie. Wenn wir nur einen kleinen Teil der Leute aussen vor lassen, dann machen wir einen Fehler. Auch ich stimme der Überweisung zu und bitte den Gemeinderat mit Bedacht zu prüfen und berichten.

Patrick Ritschard: Die SVP-Fraktion ist mehrheitlich auch für Überweisen und hat ähnliche Bedenken, wie Kurt Lanz dies bereits in seinem Votum angedeutet hat. Eine Benachteiligung von Leuten, die weniger digital affin sind, darf nicht stattfinden. Hier sollte man auch die Option offen lassen, dass Leute die Mühe haben mit den neuen Medien, dies nach wie vor in Papierform erhalten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3044 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3061

Beantwortung Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „S-Bahn Haltestelle Buholz / Rankacker“

Aktenhinweis

- Interpellation der der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, vom 22. Juni 2017

GR Stefan Löw: Frage 1: Verfolgt der Gemeinderat die Idee einer S-Bahn Haltestelle im Gebiet „Buholz“ / „Rankacker“ weiter? Nein, der Gemeinderat verfolgt dies nicht weiter. Frage 2: Wie stehen der Kanton BL und die SBB zu diesem Projekt? Folgende Stellungnahmen haben wir von Kanton und SBB erhalten: Stellungnahme Kanton: „In der Vergangenheit wurde das Vorhaben S-Bahn-Haltestelle Pratteln Buholz immer im Kontext mit der Tramverlängerung Pratteln – Buholz zusammen betrachtet und in Kombination mit der Tramverlängerung beurteilt. Da Letztere – u.a. durch die Tramverlängerungen Salina-Raurica – an Priorität verloren hat, wurden auch die S-Bahnhaltestelle nicht weiter verfolgt. Im Zusammenhang mit der Angebotsvorstellung der Planungsregion Nordwestschweiz zum Ausbauschnitt 2030/35 wurde im Vorfeld eine Analyse für neue Bahn- und Tramhaltestellen durchgeführt. Hierbei wurden auch das Potenzial der Haltestelle Buholz untersucht. Es zeigte sich, dass das Potenzial zu gering einzustufen sei. Daher wurde diese Haltestelle in der Angebotsvorstellung 2030/35 der Planungsregion Nordwestschweiz nicht berücksichtigt.“ Stellungnahme SBB: „Tatsächlich war eine neue Haltestelle Pratteln Buholz in alten S-Bahn-Konzepten enthalten. Mit dem Übergang zu FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) ist neu das BAV (Bundesamt für Verkehr) Taktgeber für Infrastrukturerweiterungen. Diese erfolgen in sogenannten Ausbauschnitten (AS). Der AS 2025 ist rechtskräftig beschlossen. Die Arbeiten zur Erstellung des AS 2030/35 sind aktuell am Laufen. Die Kantone wurden aufgefordert, aus Sicht des Regionalverkehrs Ausbauten und neue Haltepunkte bis Ende 2014 vorzuschlagen. In die damals erstellte Liste hat es die Haltestelle Pratteln Buholz nicht mit der notwendigen Priorität geschafft. Aus diesem Grund ist keine Realisierung bis ca. ins Jahre 2035 in Sicht.“ Frage 3: Welche Realisierungschancen in welchem Zeithorizont sieht der Gemeinderat? Gemäss erwähnter Stellungnahme wäre eine Realisierungschance frühestens ca. 2035 möglich, jedoch ist die Wahrscheinlichkeit minimal, dass die Priorisierung steigen wird.

Andreas Seiler wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit grossem Mehr zu.

Andreas Seiler: Ich danke dem Gemeinderat für die gemachten Abklärungen. Knapp ausgefallen ist jedoch die Antwort zur ersten Frage, was eigentlich der Gemeinderat will. Schlussendlich ist es Pratteln, die für eine Verkehrserschliessung in erster Linie zuständig ist. Wenn die Gemeinde vom Kanton nichts fordert, macht der Kanton in der Regel auch nichts und SBB und Bund schon gar nicht. Darum wünschte ich mir, dass das „Nein“ besser begründet wird, denn aus meiner Sicht wäre eine verbesserte Verkehrsanbindung für das Quartier Rankacker/Buchholz/Gehrenacker eine Aufwertung. Den gleichen Effekt konnte man beim Gebiet Salina Raurica mit der Haltestelle Längi feststellen. Von den Haltestellen-Abständen ist es vergleichbar mit dem was in Kanton Zug gebaut wurde oder z. B. zwischen der S-Bahn-Linie Basel-Weil am Rhein und Lörrach. Die Taktabstände wären also nicht zu kurz. Auch besteht bereits eine Unterführung vom Gehrenacker- ins Rankackerquartier. Aus diesem Grund bin ich ein bisschen enttäuscht, dass man das nicht weiterverfolgt. Vielleicht kannst du noch ein bisschen mehr dazu sagen, wie der Gemeinderat zum „Nein“ gekommen ist oder ist das nicht vorbereitet?

GR Stefan Löw: Gerne kann ich das noch näher begründen, aber die Frage hat gelaftet, ob wir das weiterverfolgen und die Antwort lautet nein. Auch die Begründung des Kantons sagt klar, dass bis zum Jahr 2035 nichts geht. Wir sind immer dran und postulieren jedoch eine Verbesserung der Bus-Verbindung in diesem Gebiet. Wir sehen aber auch, dass eine Verdichtung der S-Bahn-Linie stattfinden wird; der Taktfahrplan wird strenger und konzentrierter. Dies führt dazu, dass es zeitlich gar nicht möglich sein wird, während der kurzen Intervalle anzuhalteln. Wir versuchen den öffentlichen Verkehr im Bereich Bus zu optimieren und sind dran, eine Verbesserung zu erreichen.

Die Interpellation Nr. 3061 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3062

Postulat der FDP-Fraktion, Thomas Sollberger, betreffend „Energieerzeugende Fassade für das Schulhaus Längi“

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Thomas Sollberger, vom 17. Juni 2017

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, das Postulat Nr. 3062 nicht zu überweisen. Speziell beim Schulhaus Längi wollen wir den Charakter des Baus beibehalten. Durch die jetzige Architektur mit dem klaren ästhetischen Ausdruck, den Ecken und Kanten, ist es technisch vermutlich machbar aber eine eher sehr grosse und kostspielige Herausforderung. Zudem handelt es sich um eine Aufstockung und Sanierung. Grundsätzlich steht der Gemeinderat dem Anliegen positiv gegenüber. Es wird bei zukünftigen Bauprojekten auch energieerzeugende Fassaden in Erwägung ziehen und eine mögliche Realisierung prüfen. Wir möchten jedoch eine nähere Überprüfung dann erarbeiten, wenn sich ein Bauprojekt konkretisiert und zeitlich im Rahmen des Projekts ist, Vor- und Nachteile der Verwendung von stromerzeugenden Fassadenelementen bezüglich Investitionskosten, Unterhaltskosten, Stromertrag usw. aufzeigen und berechnen.

Thomas Sollberger (Postulant): Es liegt im Wesen der Innovation, dass man bei einer Anwendung nur um wenig oder gar keine Erfahrung verfügt. Mit diesem Umstand kann man auf zwei verschiedenen Arten umgehen: Man wartet, bis andere die Erfahrung machen oder man macht es selbst. Wenn man das in Betracht zieht, ist es nötig, die technischen und finanziellen Risiken beurteilen zu können. Genau das ist Ansatz meines Postulats. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass der mögliche Einsatz dieser Fassadenelemente selbstverständlich nur beim Aufbau in Frage kommen und nicht beim bestehenden Gebäude. Sollte der Gemeinderat den Einsatz solcher Fassadenelemente prüfen, sind meine Fragen im Rahmen der Detailplanung sowieso zu klären. Darum entsteht kein zusätzlicher Aufwand für die Verwaltung.

Franziska Senn: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen empfiehlt, das Postulat zu überweisen. Die Anwendung von Photovoltaikmodulen als Bauelemente gewinnen zunehmend an Bedeutung. Die sogenannte gebäudeintegrierte Photovoltaik weist ein grosses Potenzial auf, auch weil es gegenüber herkömmlichen Solarmodulen ästhetische Vorteile gibt. Das Schulhaus Längi könnte als Beispiel für andere Gebäude der Gemeinde Pratteln tagsüber, da Tagesbetrieb, zumindest einen Teil seines hauseigenen Strombedarfs decken. Durch die Nutzung von Synergien im Zusammenhang mit anstehenden Sanierungsarbeiten könnten die Kosten für eine Solarfassade optimiert werden. Ein Gerüst braucht es sowieso, Elektroinstallationen haben wir und Anpassungen am Brandschutz, die sowieso durch den Umbau erforderlich sind, könnten auch sogleich bewerkstelligt werden. Eine Solarfassade amortisiert sich im Laufe ihres Lebenszykluses, im Gegensatz zu einer herkömmlichen Fassade. Da nach Annahme des Energiegesetzes auch die Chancen gut stehen, dass die Vergütungen der Swissgrid auf eine Obergrenze von 100 kW_p angehoben werden, hat man auch mehr Handlungsspielraum bei der Planung der Anlagengrösse. Uns ist klar, dass dies für das Schulhaus Längi ein bisschen zu kurzfristig gekommen ist, dennoch lohnt sich eine Prüfung für andere Gebäude der Gemeinde. Auch allfällige Förderbeiträge aus dem Baselbieter Energiepaket kann man prüfen, da hätte man sicher noch etwas zugute. Darum bitten wir den Rat, den Antrag zu überweisen.

Kurt Lanz: Thomas Sollberger hat gesagt, dass dies selbstverständlich nur beim Aufbau gemeint ist. Wenn man das Schulhaus anschaut, ist es wahrscheinlich schon ein Problem an der bestehenden Fassade solche Elemente zu platzieren. Wenn man das jedoch beim Aufbau macht, denn beim Aufbau braucht es sowieso eine Verkleidung, könnte diese mit photovoltaischen Paneelen gemacht werden. Ich denke, das wäre eine gute Sache. Die Gemeinde könnte beim Aufbau wahrscheinlich mit relativ wenig finanzielle Mittel ganz viel Erfahrung sammeln und könnte die Erfahrung z. B. beim Projekt Schulhaus beim eh. Coop-Verteilzentrum einfliessen lassen. Bei diesem Neubau kann man sich noch viel mehr Gedanken machen. Was für mich auch wichtig ist: Der Einwohnerrat würde mit einer Überweisung an den Gemeinderat erreichen, dass man das anschauen muss und nicht den Kopf in den Sand steckt. Dies würde ein Zeichen gegen aussen setzen. Darum bitte ich, der Überweisung des Postulats zuzustimmen.

Patrick Ritschard: Wir haben lange in der SVP-Fraktion darüber diskutiert, ob wir dieses Postulat überweisen sollen, ob es eine energieerzeugende Fassade braucht, wieviel das kostet, wie es mit der Technik aussieht und ob es nicht genügt, eine Anlage auf dem Dach zu haben. Die Diskussion war kontrovers. Wir sind jedoch mehrheitlich dafür, dieses Postulat zu überweisen, damit wir entsprechende Antworten auf unsere Fragen erhalten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 29 Ja zu 1 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3062 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3064

Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, betreffend „Rettung aus Hochhäusern bei Brandfall“

Aktenhinweise

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, vom 24. Juni 2017
- Schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 22. August 2017

GR Urs Hess: Die Fragen sind nach dem grossen Brand von London eingegangen, der Ängste aufkommen liess. Es ist mir wichtig, dass man sieht, dass unsere Rettungsorganisation, die wir in der Gemeinde haben (Feuerwehr, Zivilschutz und Gemeindeführungsstab) auch von anderen Rettungskräften unterstützt werden, die mithelfen, wenn etwas geschieht. Damit nichts vergessen geht, hat der Gemeinderat die Beantwortung schriftlich vor einem Monat auflegen lassen und der Rat konnte diese seither studieren. Bei weiteren Fragen, bin ich gerne bereit, diese zu beantworten.

Patrick Weisskopf wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit grossem Mehr zu.

Patrick Weisskopf: Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche und gute Beantwortung meiner Fragen. Es zeigt auf, wie gut unser Rettungssystem aufgebaut und wie breit dies gestreut ist. Ich danke allen, die sich dafür immer einsetzen. Für mich war es lehrreich zu sehen, was da alles ist. Ich frage mich oft, ob die Menschen in den Hochhäusern, dies auch wissen und ob diese die Abläufe kennen. Im Geschäft bin ich immer dankbar, wenn Rettungsübungen durchgeführt werden, denn wenn man weiss, was man machen muss, dann verhält man sich auch richtig und Fehler können vermieden werden. In diesem Sinn rege ich an, dass man auch mit den Hausbesitzern schaut, dass die Abläufe geübt werden. Besten Dank.

Die Interpellation Nr. 3064 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3065

Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, betreffend „Beschattete Parkplätze beim Schwimmbad“

Aktenhinweis

- Interpellation der der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, vom 24. Juni 2017

GR Stefan Löw: Frage 1: *Welche Baumarten eignen sich als Schattenspender für den grossen Parkplatz?* Es eignen sich viele Baumarten u. a. Buchen, Platanen, Ahorn, Akazien usw. dazu. Frage 2: *Welche baulichen Massnahmen wären notwendig?* Dies hängt natürlich davon ab, wie man dies bewerkstelligen will, ob man Bäume einzeln in die Belagsfläche einsetzen oder ob man eine längliche Pflanzrabatte machen will. Es kommt auf die Anordnung an. Mit Kosten pro Baum von ca. CHF 7'000 ist zu rechnen. Wenn man den Platz gesamtheitlich mit Bäumen besetzen möchte, müsste man 50-60 Bäume platzieren, was Total CHF 350'000-400'000 ausmacht. Man muss bedenken, dass im Stadtgebiet die Kosten für einen Baum bei CHF 30'000-50'000 liegen. Die Baumkosten alleine sind dabei gering und liegen bei ca. CHF 5'000. Der Rest sind Kosten für die baulichen Massnahmen. Man versucht Bäume mit einer Lebensdauer von 50-100 Jahre zu setzen. Frage 3: *Mit welchen Erstellungs- und Unterhaltskosten ist zu rechnen?* Die Erstellungskosten habe ich bei Frage 2 bereits erwähnt. Die Unterhaltskosten variieren sehr. In den ersten Jahren nach Bepflanzung sind diese meist noch gering; es braucht wenig Korrekturschnitte und man muss v. a. darauf achten, dass die Bäume gut in Schuss und versorgt sind, was von der Witterung abhängt (Wasser bringen, Stamm schützen) oder wenn beschädigt, muss man auch neue Bäume setzen. Wir haben aber auch grosse Bäume, die einen jährlichen Unterhalt von bis zu CHF 1'000 pro Baum kosten. Frage 4: *Könnten die Gelder aus dem „Coop Baum Fonds“ verwendet werden?* Aus dem Bau Fonds Coop könnten ca. CHF 150'000 verwendet werden. Dies würde für einzelne Baumpflanzungen reichen, nicht aber für den betreffenden gesamten Platz. Allgemeines: Beim Schwimmbad stehen heute rund 210 Parkplätze zur Verfügung, die bei schönem Sommerwetter nicht ausreichen. Mit Massnahmen (neue Markierungen, Erweiterungen usw.) könnte man die Nutzung auf ca. 260 Parkplätze erhöhen, was jedoch beträchtliche Kosten verursachen würde. Wenn man eine Baumbepflanzung machen würde, dann kommt es natürlich auch darauf an, wie man diese macht. Die Anzahl Parkplätze wird sich natürlich verringern.

Patrick Weisskopf wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit grossem Mehr zu.

Patrick Weisskopf: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Früher sagte man: Wenn du Platz hast, dann pflanze einen Baum. Dies ist nicht so falsch, denn ein Baum ist sehr wertvoll. Einerseits kann er als Schattenspender dienen, andererseits ist ein Baum auch Lebensraum für viele Lebewesen. Mir ist der Platz bei der Badi unten sehr trist vorgekommen. Ich glaube, es wäre eine sehr gute Aufwertung des Sandgruben-Gebiets, wenn man dort etwas macht, dass ein bisschen Farbe bringt, das Mikroklima verbessert und auch für die Leute gut ist.

Die Interpellation Nr. 3065 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3068

Postulat der FDP-Fraktion, Urs Baumann, betreffend „Einstellhalle unter dem alten Feuerwehrmagazin“

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Urs Baumann, vom 21. August 2017

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat wird das Postulat gerne entgegennehmen.

Urs Baumann: Seit Jahren spricht man in Pratteln davon, ein öffentliches Parkhaus zu bauen. Geschehen ist bisher eigentlich nichts. Man hat zwar Ideen gehabt, hat diese aber wieder verworfen. Das Einzige was passiert ist, dass die Anzahl Fahrzeuge im Dorfkern zugenommen haben und die Anzahl Parkplätze zurückgegangen sind. Es ist dringend nötig, dass die Situation im Dorfkern endlich entschärft wird. Aus diesem Grund habe ich das Postulat eingereicht. Ich will dem Gemeinderat auch einen gewissen Druck aufsetzen und habe gemerkt, dass ich damit eher Türen einrenne. Ich bitte, das Postulat zu überweisen.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist geteilter Meinung. Wir sind zum Schluss gekommen, dass das Postulat offener formuliert sein sollte. Die Begrenzung auf das Grundstück beim ehemaligen Feuerwehrmagazin ist ein bisschen zu eng gefasst. Auch wir sind der Meinung, dass es zu wenige Parkplätze im Dorfkern hat. Gerade wenn man den alten Dorfkern jedoch schön gestaltet, gewisse Sachen verschwinden. Damit das Schloss weiterhin zur Geltung kommt, müsste die Einstellhalle unterirdisch gebaut werden, was wiederum Fragen aufkommen lässt. Wie ist eine Einfahrt zu gestalten? Wieviel Platz braucht es? Wie sieht das aus? Hoch darf diese Einfahrt nicht werden, ansonsten der Platz vor dem Schloss nicht mehr zur Wirkung kommt. Wir haben uns weiter gefragt, ob eine Einstellhalle beim neuen Gemeindezentrum nicht der bessere Ort dafür wäre. Wenn wir schon von einer Einstellhalle in Dorfnähe sprechen, müssten wir als Alternative nicht auch diesen Standort genauso miteinbeziehen? Dies sind unsere Anregungen dazu.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 20 Ja zu 7 Nein bei 6 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3068 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3069

Postulat der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Bereitstellung von Ladestellen für Elektrofahrzeuge“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Kurt Lanz, vom 25. August 2017

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat hat dieses Postulat behandelt und ist bereits jetzt an der Prüfung dran. Es ist ein Thema, das uns schon länger beschäftigt. Wir sind bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Bei den bereits im Vorfeld geführten Diskussionen haben wir gesehen, dass die Beantwortung nicht einfach sein wird. Wenn das Postulat jedoch überwiesen wird, werden wir uns Mühe geben, eine gute Antwort zu liefern.

Kurt Lanz (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat, dass er das Postulat entgegennehmen möchte. Kurz noch ein paar „Flashes“ zu diesem Thema: Volvo wird ab dem Jahr 2019 nur noch Fahrzeuge ausliefern, die einen Elektromotor haben; VW möchte spätestens im Jahr 2025 Marktleader für Elektrofahrzeuge werden; Norwegen sagt, dass sie ab dem Jahr 2025 keine Benzinfahrzeuge, sondern nur Elektrofahrzeuge zulassen will; Österreich will ab dem Jahr 2020 nur noch Elektrofahrzeuge verkaufen; die Britische Regierung hat beschlossen, dass ab dem Jahr 2040 keine Benzin- und Dieselfahrzeuge zugelassen werden sollen. Man sieht ein bisschen, in welche Richtung es geht. Für mich ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass ich davon ausgehe, dass 60-70 % der Prattler Einwohnerinnen und Einwohner Mieterinnen und Mieter sind. Genau diese haben das Problem. Ich kann bei mir vor dem Haus eine Steckdose dran machen, wenn ich ein solches Fahrzeug kaufe. Mieterinnen und Mieter können dies nicht. Darum ist ein Konzept wichtig, damit Bauherren bei einem Neubau darauf aufmerksam gemacht werden, wie dieses Problem gelöst werden kann, denn Mieterinnen und Mieter müssen ihr Elektrofahrzeug auch irgendwo aufladen. Deshalb fände ich es gut, wenn die Gemeinde solch ein Konzept macht und das ohne Druck. Drucklos kann man planen, was schlauer ist und nicht wenn es dann pressiert und man kopflos irgendetwas entscheiden muss.

Stephan Bregy: In der Tat ist die Elektromobilität „cool“ und die Zukunft, aber es ist sicher nicht die Rolle der öffentlichen Hand. Bei einem Rückblick in die 50er-Jahre stellt man fest, dass all die Tankstellen von der Privatwirtschaft erstellt wurden. Esso, Shell usw. haben Konzepte dafür erstellt, die Kosten getragen und auch den Betrieb finanziert. Wieso sollte das bei Elektrofahrzeugen anders sein? Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass dies von der Privatwirtschaft gemacht werden muss und sich Firmen wie die EBL dazu langsam bewegen sollen, da es ein unbestritten riesen Potential gibt. Tesla macht das übrigens auch. Beim Aquabasilea gibt es eine solche Supercharger-Tankstelle von Tesla. Die Privatwirtschaft hat einen klaren Auftrag, dies voranzutreiben. Im Postulat wird auch verlangt, dass das Konzept „Informationsvorgehen der Bauherren bei Neu- und Umbauten“ beinhaltet. Wir sind der Meinung, dass der Mieter- oder Hauseigentümerverband dies machen müsste, aber sicher nicht die Gemeinde. Übrigens gehen die Interventionen der öffentlichen Hand bei alternativen Energien total in eine falsche Richtung: Man weiss schon lange, dass die Energiepreise am Boden sind; Der Strompreis ist zerstört; Wasserkraft ist nicht mehr rentabel; Milliarden-Investitionen wurden gemacht, die der Steuerzahler berappen muss. Hier sieht man wieder einmal, dass die Privaten mehr oder anders reagiert hätten als der Staat oder die öffentliche Hand. Konsequenterweise wird die FDP-Fraktion das Postulat nicht überweisen.

Claude Weisskopf: Auch die SVP-Fraktion ist nicht der gleichen Meinung wie Kurt Lanz. Ich fahre tagtäglich an einer Charger-Station vorbei und sehe selten ein Fahrzeug daran angehängt. Es kann nicht Sache der Gemeinde sein, diese Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Jeder der ein Fahrzeug kauft, soll auch schauen, wie er es zahlen resp. laden kann. Wenn wirklich ein Bedürfnis besteht, sollten dies die Stromanbieter forcieren und Stationen zur Verfügung stellen und den Platz dafür haben. Bei Bauvorhaben kann man dies integrieren, dies ist nicht schlecht. Die SVP-Fraktion ist nicht für eine Überweisung.

Franziska Senn: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für eine Überweisung aus folgendem Grund: Die Gemeinde muss die Ladestellen nicht unbedingt finanzieren und selber planen, aber beim Quartierplan oder im Bereich der Planungen des Investors Logis Suisse AG oder Pratteln Nord beim Bahnhof, könnte die Gemeinde wie den Parkplatznachweis auch etwas rein nehmen, damit Ladestellen von Anfang eingeplant werden. Ich fahre selber auch ein Elektrofahrzeug und würde es toll finden bzw. wäre eine Steigerung der Standortattraktivität, wenn man im Dorfkern laden könnte - natürlich nicht kostenlos. Wir haben ein Parkplatzkonzept mit Säulen fürs bezahlen und wenn ich richtig informiert bin, sind diese darauf vorbereitet, dass allenfalls dort Steckdosen realisiert werden könnten. Leider stehen diese nicht überall am idealen Ort (Stolperfalle Trottoir). Aber wir finden es durchaus prüfenswert, dass man dies anschaut.

Mauro Pavan: In dem Postulat von Kurt Lanz geht es darum, dass die Gemeinde ein Konzept erstellt. Es geht überhaupt nicht darum, dass der Gemeinderat Ladestationen zur Verfügung stellt oder die Gemeinde dies finanziert. Du Claude hast dem gar nicht widersprochen, dass man dies bei Bauvorhaben integrieren könnte. Gerade darum braucht es die Überweisung. Stephan Bregy, was wahrscheinlich bei Elektrofahrzeugen gegenüber Benzinfahrzeugen anders ist: Benzinfahrzeuge müssen über Nacht zu Hause nicht getankt werden, Elektrofahrzeuge hingegen schon.

Kurt Lanz: Wie Mauro Pavan gesagt hat, geht es tatsächlich darum ein Konzept zu machen, damit, wenn irgendwo neu gebaut wird, die Bauherren darauf aufmerksam gemacht werden. Wieso die Strompreise am Boden liegen, möchte ich hier nicht diskutieren, denn ich glaube, es ist für alle klar, dass es eine Frage des Angebots ist, wie sich die Preise bewegen. Dass momentan beim Aquabasilea vielleicht kein Auto zu sehen ist und man deshalb nicht an die Zukunft denkt, verstehe ich nicht, denn das ist zu kurzfristig gedacht und reicht mir gerade bis zum Anfang meiner Nase und kann nicht die Überlegung sein. Eine viel grössere Überlegung wert finde ich den Zusammenhang, dass die öffentliche Hand aktiv werden sollte. Im Gegensatz zum Benzin, wo man Tankstellen hat die jeder gebrauchen kann, geht es hier um eine Infrastruktur die Stromnetz heisst. Ein Stromnetz hat jeder zu Hause, ob er ein Auto hat oder nicht und das Stromnetz muss irgendwie organisiert sein, damit wir diese Fahrzeuge laden können. Wenn hier die öffentliche Hand nichts mitzureden hat, dann weiss ich nicht, auf welche Infrastrukturen die öffentliche Hand ein Auge haben soll. Ich erwarte nicht, dass im Konzept steht, was die Gemeinde bezahlt, aber erwarte, dass darin steht, wie man Bauherren in Zukunft berätet und was man für eine Haltung einnimmt, wenn Leitungen erneuert werden usw. Das ist eine konzeptionelle Frage und kann nicht entschieden werden, wenn der Graben bereits gemacht ist, sondern vorher, damit es dann auch richtig gemacht wird. Darum bitte ich den Rat, das Postulat zu überweisen, zumal der Gemeinderat dies eingesehen hat und auch annehmen will.

Jens Dürrenberger: Ich bin auch für das Bereitstellen von Ladestellen. Nur wer tut dies? Das ist die grosse Frage. Im Postulat steht „die öffentliche Ladeinfrastruktur“. Was heisst öffentlich? Das heisst doch, dass es die Öffentlichkeit macht und nicht Private. Eine Tankstelle, die ein Privater macht, ist auch öffentlich zugänglich, für das braucht man keine öffentliche Ladeinfrastruktur. Also ist es doch so, dass verlangt wird, dass die Gemeinde etwas macht und zur Verfügung stellt, ansonsten es keine öffentliche Ladeinfrastruktur ist.

Petra Ramseyer: Die Benzin- und Dieseltankstelle bei der ich jeden Tag vorbei gehe, ist auch öffentlich, auch wenn die Gemeinde diese nicht aufgebaut hat. Sieben von acht Zapfsäulen stehen dabei in 90 % der Zeit leer. Ich glaube fast, man könnte diese auf eine Säule zurückbauen, denn das würde genügen. Das Prinzip ist klar: Die Gemeinde soll sagen, wo es wichtig wäre, Ladestationen zur Verfügung zu haben. Die Gemeinde sollte die Möglichkeit haben, dies einzubringen, dann sind wir einen grossen Schritt weiter.

Kurt Lanz: Vielleicht müsste man hier im Rat das Wort „öffentliche“ aus meiner Sicht definieren. Wenn der Rat davon ausgeht, dass das Wort heisst, dass zwangsläufig die öffentliche Hand eine Ladestelle hinstellt, dann kann das sein. Ich habe das Wort „kann“ gebraucht, nicht „muss“. Was auch sein kann und für mich auch öffentlich ist, wenn z. B. die Einstellhalle beim ehemaligen alten Feuerwehrmagazin gebaut wird, dann könnte die Gemeinde dort eine öffentliche Ladestation machen und dies würde dann die Gemeinde finanzieren. Wenn irgendwer woanders eine Einstellhalle baut, dass wir vielleicht mit einem Zonenplan hierin behandeln, dann könnte man vielleicht sagen, dass Ikea z. B. eine solche Ladestation macht. Irgendwie braucht es ein Konzept dafür, wie man damit umgehen möchte. Das ist für mich auch öffentlich, heisst für mich aber nicht, dass zwangsläufig die Gemeinde dies finanzieren muss. Also für mich heisst öffentlich nicht dasselbe, wie es die rechte Seite in den Mittelpunkt stellt.

Christoph Pfirter: Kurt, ich verstehe dich wirklich und auch das Prinzip das du hast, dass die Gemeinde nicht zwingend Ladestationen bauen soll. Aber dass die Gemeinde Vorschriften machen soll, wenn jemand bauen will, ist auch nicht lustig. Das ist lustig und toll, wenn man nicht selber baut und sagen kann „schau, die müssen jetzt“. Es gibt schon viele Vorschriften, wenn man baut, dass man als Bauherr auch schon mal die Schnauze voll haben kann, etwas zu machen. Man muss das denen überlassen, die etwas machen möchten. Petra Ramseyer votierte, dass es Tankstellen hat, die viele nicht benutzte Zapfsäulen haben. Vielleicht machen diese auch einmal Elektrotankstellen daraus, wenn sie kein Benzin mehr verkaufen? Das wird sich regeln. Vorschriften zu machen, finde ich schlecht, jedoch eine Empfehlung z. B. bei einem Quartierplan abzugeben oder darauf aufmerksam zu machen, ist eine Möglichkeit mit der ich einverstanden bin. Aber ich will sicher keine Vorschrift.

Claude Weisskopf: Folgendes habe ich im Internet recherchiert: Es gibt insgesamt sechs Elektrotankstellen in Pratteln: Beim Mediamarkt/Pfister, bei der Ikea, an der Mayenfelsenerstrasse 48, bei der Firma Tritec AG, bei der EBL und dann gibt es noch die Tesla-Tankstelle beim Aquabasilea.

Patrick Weisskopf: Wir sollten vielleicht hierin versuchen, Gedankenstrukturen zu durchbrechen. Was ich unter dem Postulat verstehe und interessant finde, ist die Fragestellung, was bereits schon da ist, wie man das nutzen könnte oder später einmal nutzen möchte. Denkt an Kandelaber, die es in jeder Strasse gibt. Diese wären vielleicht geeignet, dass dort eine Ladestation ist. Bei dieser Vision, an einem Kandelaber das Auto aufladen zu können, muss man sich dann fragen, was wir machen müssen, damit nicht mehrmals die Strasse aufgerissen werden muss. Unter diesem Aspekt sehe ich das Ganze. Was müssen wir als Gemeinde machen, damit wir für unsere Einwohner eine super Infrastruktur in 10 Jahren haben können? Diese müssten wir dann ganz langsam aufbauen. Es ist wie bei der Digitalisierung (Glasfasernetz). Soll die Kommunikation und Mobilität jedem zustehen, soll man dies total den Privaten überlassen oder werden wir, weil wir das wollen, in die Zukunft investieren? Dann wird es interessant und man kann es langfristig planen, angehen und ist darauf vorbereitet. Wenn man z. B. einen Parkplatz (z. B. beim Kuspo) neu macht, könnte man Leerleitungen zuführen, damit diese dann drinnen sind und später verwendet werden können.

Mauro Pavan: Christoph Pfirter: Vorschriften wären eine Möglichkeit, aber im Postulat, dass wir hoffentlich überweisen werden, ist nicht von Vorschriften die Rede, sondern lediglich von Informationsvorgehen der Bauherren. Der Gemeinderat hat bereits gesagt, dass man sich mit der Entwicklung befassen möchte und sich bereits mit dieser Entwicklung befasst und jetzt möchtet ihr ein Postulat nicht überweisen, dass den Gemeinderat dazu legitimiert, sich weiter damit zu befassen? Dies ist tatsächlich recht absurd.

Fredi Wiesner: Das Ganze ist eine komplexe Anlage. Wir reden eigentlich immer von einzelnen Tankstellen, die im Prinzip gebaut werden sollen. Kurt Lanz hat eine Vision gebracht von anderen Ländern, die bereits viel weiter sind als die Schweiz. Er hat auch erwähnt, dass einige in ein paar Jahren auch z. T. keine Benzinfahrzeuge mehr verkaufen, was heisst, dass alle irgendwann ein Elektrofahrzeug haben werden. Wir reden von einzelnen Tankstellen, die gemacht werden könnten. Wenn ich an die Vision Einstellhalle beim alten Feuerwehrmagazin denke, dann müssten wir eigentlich sagen, dass die Hälfte der Parkplätze einen Elektroanschluss haben. Das wäre eine Vision. Ja nach dem was für ein Elektrofahrzeug es ist, braucht es mehr oder weniger lang bis es geladen ist. Je schneller ich es laden will, desto mehr Strom brauche ich zur Verfügung. Wenn ich höre, dass wir an den Kandelabern Steckdosen machen könnten, bedeutet dies, dass alle Kandelaber neu verkabelt werden müssten, damit wir die nötige Leistung erbringen können, damit ein Auto innerhalb 20 Minuten geladen wird. Ich denke eigentlich, dass alle Einstellhallen mehrere Elektroanschlüsse haben müssten. Was bringt eine Einstellhalle in 15 Jahren, wenn wir keine Benzinfahrzeuge mehr haben? Ich denke, dass es nicht Sache der Gemeinde ist, öffentliche Sachen vorzuschreiben, sondern jeder der etwas plant, muss das selber in die Hand nehmen und machen. Das kann nicht Aufgabe der Gemeinde sein. Einen Hinweis darauf zu geben, dass dies die Zukunft sein wird, das kann man machen. Bauherren aber die Vorschrift zu machen, eine Ladestation zu bauen, das kann nicht Aufgabe der Gemeinde sein. Ein Umdenken muss bei der ganzen Bevölkerung stattfinden und ich nehme an, dass das auch so sein wird, ansonsten es nicht funktionieren wird. Meiner Meinung nach ist dieses Postulat sinnlos.

Kurt Lanz: Ja, genau das, was Fredi Wiesner gesagt hat, ist mir auch ein bisschen schräg reingekommen: Nein, wir können nicht an einem Kandelaber eine Steckdose machen. Das geht nicht. Gerade deshalb will ich ein Konzept, weil eben genau das nicht geht. Aber solche Sachen hängen eben in den Köpfen rum. Vorher habe ich gehört, dass es viele Ladestationen in Pratteln gibt, eine sogar an der Mayenfeslerstrasse. Bei diesem App kann ich eine normale 08/15 Steckdose registrieren, die bei mir zu Hause draussen installiert ist. Jeder kann dann sein Auto dort aufladen. Genau um eine solche Steckdose geht es hier aber nicht, da diese nichts taugt, weil an einer normalen Steckdose das Auto ca. 10 Stunden geladen werden müsste, damit es einen vollen Tank hat. Deshalb möchte ich, dass sich die Gemeinde Gedanken macht und der Gemeinderat ein Konzept erstellt. Wenn ich vorhin etwas von Vorschriften gesagt habe, ist es klar, dass dies bei der rechten Seite ein bisschen schräg reingekommen ist. Vielleicht muss ich das Wort „Vorschrift“ mit dem Wort „Empfehlung“ ersetzen, dann ist es vielleicht ein bisschen näher bei euch. Aber jemand der einen Gesamtüberblick hat, müsste diese Empfehlung machen und das kann meiner Meinung nach die öffentliche Hand am besten. Aus dem Grund bitte ich das Postulat zu überweisen. Der Gemeinderat möchte es ja entgegennehmen.

Stephan Bregy: Ich wollte eigentlich gerade einen Ordnungsantrag machen, da man gemäss Geschäftsreglement nur zwei Mal das Wort ergreifen darf. Ich möchte nicht das Votum von Fredi Wiesner wiederholen, denn es sind genau die Argumente, die ich gesagt hätte. Die Privatwirtschaft soll dies lösen. Bauherren haben ein immenses Interesse daran, dass an die Elektromobilität gedacht wird, denn diese wird kommen. Die Elektromobilität wird uns alle betreffen und die Privatwirtschaft oder die Elektrokonzerne haben ein immenses Interesse, Lösungen zu finden. Die Gemeinde ist bei solchen Fragestellungen doch total überfordert. Da gibt es generelle und technische Fragen damit man nicht das Falsche am falschen Ort und mit der falschen Technologie macht usw. Es ist nicht ein Thema der öffentlichen Hand. Es heisst aber noch lange nicht, dass man bei

öffentlichen Bauten der Gemeinde nicht an Elektromobilität denken sollte. Diese zwei Sachen schliessen sich gegenseitig nicht aus. Aber mit diesem Postulat die Gemeinde zu belasten, ist falsch.

Petra Ramseier: Fredi Wiesner hat ganz viel Tolles gesagt, bis zum Moment als er gesagt hat, dass dies nicht die Aufgabe der Gemeinde ist. Das fand ich ein bisschen schade, denn eigentlich muss man es planen, muss die Vision haben und schauen, was in der Zukunft kommen wird. Wer, wenn nicht die öffentliche Hand, kann das machen? Wenn der Druck riesengross ist, kann es schon sein, dass Investoren dies machen. Von der Gemeinde braucht es aber eine Vision, um Anregung dafür zu geben. Vielleicht geht es auch darum, dass wir dann als Gemeinde voraus sind und uns damit attraktiv und interessant machen. Deshalb bitte ich unbedingt, das Postulat zu überweisen.

Andreas Moldovanyi: Man muss sich vorstellen, das in 10-15 Jahren 8'500 Elektrofahrzeuge hier herumfahren und dafür 5-6 Tankstellen niemals reichen werden. Es werden auch keine Tankstellen genügen, bei denen man tanken kann, sondern es müssen flächendeckend Zapfsäulen für Strom aufgestellt werden, damit wir dies irgendwie bewerkstelligen können und der Verkehr nicht zum Erliegen kommt. Früher ist man mit dem Kanister zur nächsten Tankstelle gelaufen und hat Benzin geholt, wenn dieses ausgegangen ist, heute sucht man mit einem Verlängerungskabel eine Steckdose. Dies geht nicht. Deshalb muss überlegt werden, ob nicht die Möglichkeit bestehen sollte, bei jedem öffentlichen Parkplatz sein Auto aufzuladen. Dieses Szenario ist Aufgabe der Gemeinde.

Patrick Ritschard: Auch ich bin persönlich der Meinung, dass man das nicht überweisen soll. Wir reden jetzt von 8'500 Fahrzeuge. Wenn das so kommt, dann wird der Markt das regeln. Genauso wie er es bei den Benzin- und Dieseltankstellen geregelt hat. Ich denke, wenn die EBL oder unsere Energielieferanten den Bedarf nicht sehen, dann haben diese ein schlechtes Management. Wenn sie den Bauunternehmen dies nicht verkaufen können, dann haben sie schlechte Verkäufer. Eine Überweisung kann nicht sein, denn sonst müsste ich dem Gemeinderat zu seinem neuen Verkäuferjob gratulieren. Die Energielieferanten sind versiert genug, bei Bedarf entsprechende Angebote zu unterbreiten und auf zukünftige Bauherrschaften zuzugehen, denn sie haben ihre Statistiken und wissen, was der Markt zukünftig erwarten kann.

Patrick Weisskopf: Zur Aufgabe der Gemeinde: Mir ist es wichtig, dass die Gemeinde koordiniert, wie oft eine Strasse aufgerissen wird. Es kann nicht sein, wenn eine Esso-, BP- oder Shell-Elektrik ihre Ladestation installiert, dass jedes Mal die Strasse aufgerissen wird. Dementsprechend finde ich es sinnvoll, wenn man die Anforderungen sagt, was es für die Zukunft braucht und was für Energie es sein soll, um zu koordinieren. Mit einem Konzept kann man die Strasse vielleicht in einem Mal machen. Das ist Aufgabe der Gemeinde, ist effizient, für die Einwohner kostengünstiger und wir bauen unsere Strukturen langfristig aus. Deshalb finde ich es toll, wenn man ein solches Konzept anschaut.

Gert Ruder: Ich möchte hier keine technischen Details erläutern. Ich rufe aber etwas in Erinnerung: Wir sind auch eine Energiestadt. Wir „blöffen“ eigentlich recht gut mit diesem Label. Der Gemeinderat möchte dem gerecht werden, indem er bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen. Diejenigen die dagegen sind, sind offensichtlich auch gegen die Energiestadt und dass man dieses Label lebt. Das enttäuscht mich. Ich hoffe, es wird eine Mehrheit gefunden, denn der Gemeinderat ist bereit, das zu übernehmen.

Jens Dürrenberger: Ich betone, dass es hier nicht um die Energiestadt geht. Ich bin sehr wohl für die Energiestadt. Der Gemeinderat hat gesagt, dass er bereits etwas macht. Müssen wir hier noch etwas überweisen? Nein, bestimmt nicht. Mich stören noch immer die Wörter „öffentliche Ladeinfrastruktur“. Muss der Gemeinderat das Verteilungsziel definieren? Diese Sachen missfallen mir. Wenn hier wenigstens „öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur“ stehen würde, könnte ich das ja noch unterstützen.

Hinweis des Büros

Emil Job: Zum Einwand von Stephan Bregy: Gemäss Geschäftsreglement Art. 3.2.4.2 wird in der Regel einem Mitglied über den gleichen Gegenstand nur zweimal das Wort gestattet. Die Kommissionsreferent/innen und der/die Sprecher/in des Gemeinderates, sowie Motionäre/Motionärinnen und Postulanten/Postulantinnen, sind von dieser Bestimmung ausgenommen. Das heisst in diesem Fall: Wer den Antrag stellt, darf so viele Male sprechen, wie er will.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 17 Nein zu 16 Ja:

://: Das Postulat Nr. 3069 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3070

Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Sanierung/ Renovation der gemeindeeigenen Gebäuden“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, vom 25. August 2017

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat ist auch hier bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Marcial Darnuzer (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat, dass er mein Postulat entgegennehmen möchte. Die gemeindeeigenen Gebäuden und Liegenschaften sollten einen guten Gebäudeunterhalt und werterhaltende Massnahmen erhalten. Gebäude altern und verlieren damit langsam an Wert. Professionelle Gebäudebesitzer (Immobilienfonds/Pensionskassen) erstellen darum detaillierte Erneuerungskonzepte für ihre Liegenschaften und führen laufend Arbeiten durch. Um den Überblick der Unterhalts- und Renovationsarbeiten zu behalten, erstellt man am besten eine Tabelle und trägt chronologisch in einer Spalte alle absehbaren Erneuerungsarbeiten ein. In einer zweiten Spalte ergänzt man die Erneuerungsarbeiten mit Arbeiten die zum gleichen Zeitpunkt erledigt werden können. Die dritte Spalte dient der Finanzplanung und man notiert dort die Kosten. Mit einer solchen Tabelle hätte man ein einfaches Service-Handbuch für die besagten Gebäude. Dann weiss man auch was die jeweiligen Arbeiten kosten und wann das Geld budgetiert werden muss. Ich bitte, das Postulat zu überweisen und danke ihnen dafür.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat dieses Postulat auch genau angeschaut. Wir haben in letzter Zeit auch nicht immer verstanden, nach welchen Regeln der Gemeinderat die Bauten der Gemeinde saniert. Wir unterstützen das Postulat nicht, weil der Gemeinderat sicher bereits so etwas hat. Wenn er das nicht hätte, wäre das ein bisschen traurig. Ein solches Konzept gehört zum operativen Tagesgeschäft und muss nicht unbedingt der Einwohnerrat machen. Auch kann die Rechnungsprüfungskommission dies anzuschauen und es gibt noch den Aufgaben- und Finanzplan mit sämtlichen Investitionen der nächsten Jahren.

Andreas Seiler: Auch die FDP-Fraktion ist gegen die Überweisung des Postulates. Die Beantwortung des Postulates ist eine unnötige Arbeit, denn alle auf Stufe Einwohnerrat relevanten Zahlen sind im Aufgaben- und Finanzplan enthalten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 16 Nein zu 13 Ja bei 4 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3070 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Mitteilung des Büros

Die SVP-Fraktion hat als neuen RPK-Präsidenten Claude Weisskopf vorgeschlagen. Das Büro hat die Wahl bestätigt.

Verabschiedung von Philippe Doppler

Emil Job: Am 1. Juli 2005 ist Philippe Doppler für Mike Wahli in den Einwohnerrat nachgerückt. Seit damals ist einige Zeit vergangen. So ist er 2009 als 2. Vizepräsident in das Büro gewählt worden und im Jahr darauf war er als 1. Vizepräsident tätig. Im nächsten Amtsjahr 2011/2012 hat Philippe Doppler das Büro geleitet, resp. war er Einwohnerratspräsident. Ebenso ist er von 2014 bis 2016 Mitglied in der Spezialkommission Politische Steuerung gewesen. Dass Philippe Doppler die Rechnung schon immer ein grosses Anliegen ist, hat sich besonders während seiner Mitgliedschaft in der RPK gezeigt. Dort war er vom 1. September 2005 bis 30. Juni 2012 und seit 1. Juli 2016 bis heute Mitglied, aber lange auch Präsident, nämlich von 2008 bis 2011 und wieder seit Juli 2016. Lieber Philippe, du trittst jetzt als Einwohnerrat und Kommissionspräsident zurück, wirst aber nächstes Jahr als Gemeindeangestellter wieder mit uns zu tun haben. Für uns ist es im Moment ein klarer Verlust, den mit deiner grossen Erfahrung in der RPK und als Einwohnerrat hinterlässt du im Rat eine Lücke. Wenn du aber deine Arbeit auf der Gemeinde gut machst, gewinnen wir auch wieder. Ich wünsche dir in deiner neuen Position viel Spass, viel Freude und alles Gute.

Philippe Doppler wird mit Applaus und einem Blumenstrauss verabschiedet.

Die Sitzung wird um 21.20 Uhr beendet.

Pratteln, 12. Oktober 2017

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Emil Job

Katarina Hammann

Einwohnerrat Pratteln

Anhang zum Votenprotokoll Nr. 464 der Einwohnerratssitzung vom Montag, 25. September 2017, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Mitteilungen Gemeinderat

Die nachfolgenden Folien sind Bestandteil der Ausführungen von GP Stephan Burgunder.

Anhang 1

Planung neues Schulhaus mit Dreifachturnhalle Ausgangslage & Vision

Ausgangslage:

- Logis Suisse AG hat im 2016 das rd. 43'000m² grosse Areal erworben
- Im Rahmen eines **Workshops** wurden unter Mitwirkung von **Gemeinde- Nutzervertretern** sowie verschiedenen **Fachexperten Leitsätze** formuliert (u.a. zur Einbindung ins Gemeindegebiet, Freiräume, Ökologie)
- **Studienauftrag** lanciert. Ziel: Ein überzeugendes **städtebauliches Konzept** für die planungsrechtliche Umsetzung im Quartierplan
- **10 Teams** wurden dazu **eingeladen**

Vision: «Attraktives und lebendiges Quartier schaffen»

Die Logis Suisse AG will ein attraktives und lebendiges Quartier mit grosser Ausstrahlung entwickeln. Unterschiedliche Wohnnutzungen, Gewerbenutzungen vor allem in den Bestandesbauten sowie eine neue Schulanlage mit Dreifachturnhalle auch für Vereine und grosszügigen Aussenräumen tragen dazu bei.

Anhang 2

Schulhaus



- Der **Konzeptioneller Entwurf** der **Schulanlage** ist **Teil des Studienauftrages**

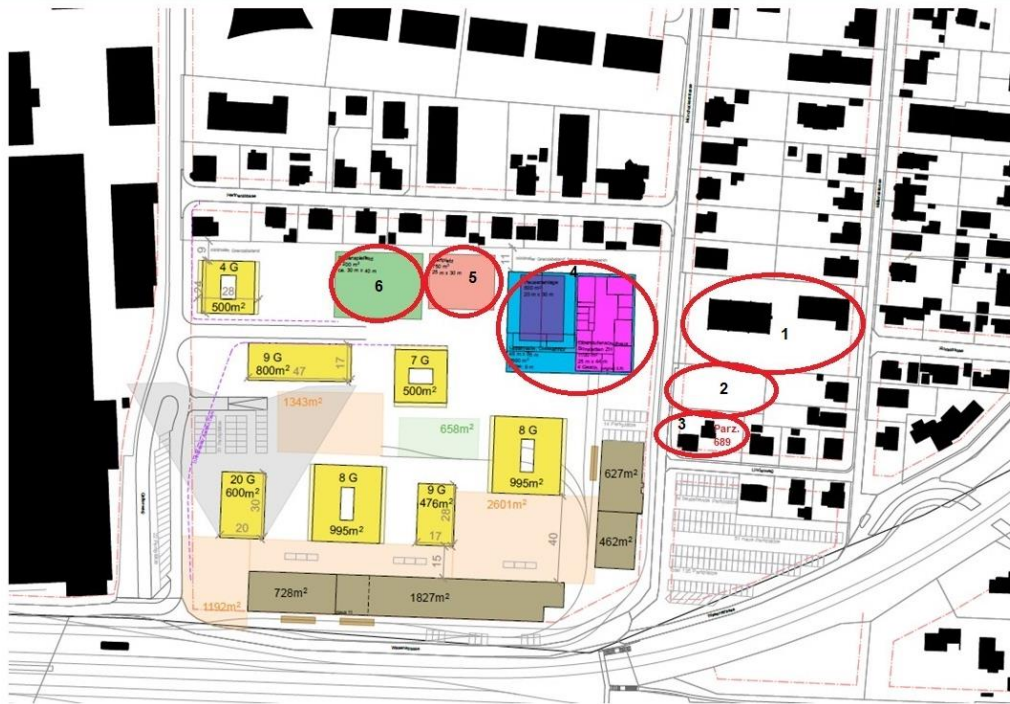
- **Geplant wird**
 - ein **Schulgebäude für 14 Klassen**
(inkl. dazugehörige Räume für Werken, eine Aula etc.)

 - neue **Dreifachturnhalle**

 - **Aussenanlage und Aussensportfelder**
(Pausenanlage, Rasenspielfeld & Hartplatz)

Anhang 3a

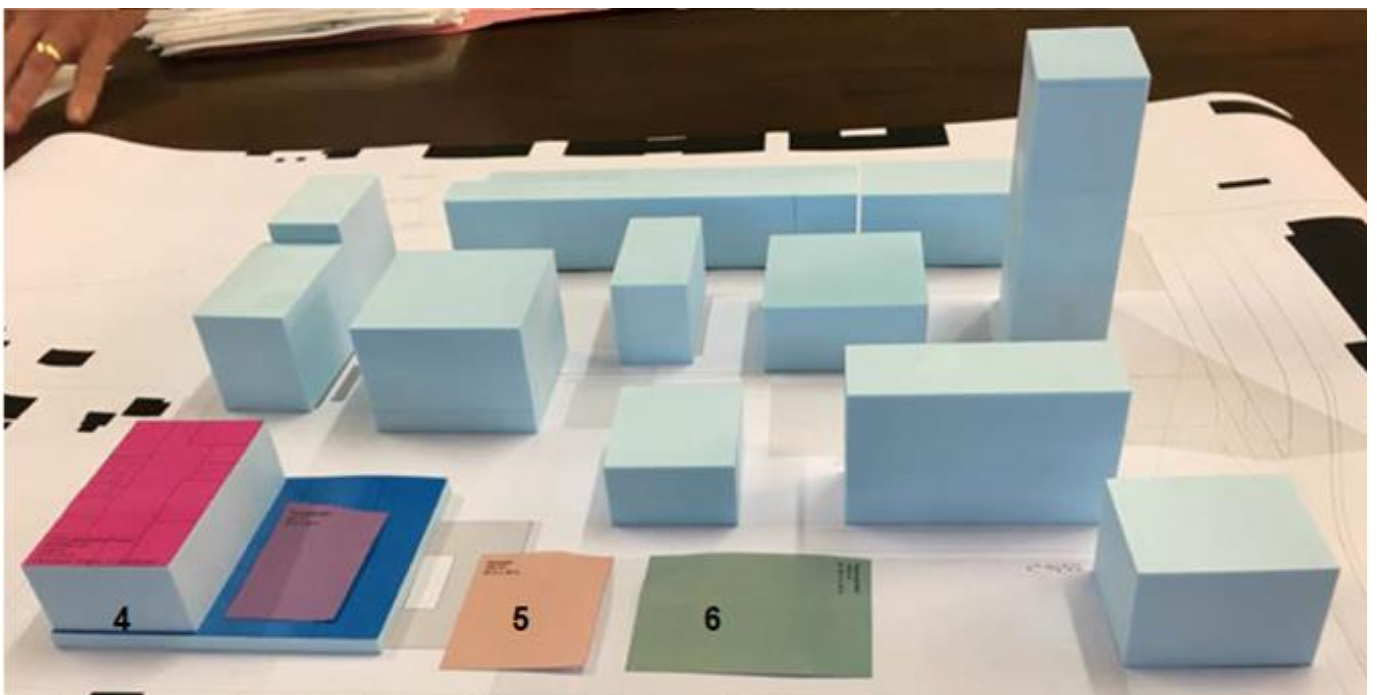
Planungsperimeter mit Planung neues Schulhaus und Sporthalle



Legende:

- 1 Primarschule Münchacker
- 2 bzw. Doppelkindergarten
- 3 Parzelle (Baulandreserve)
- 4 Schulhaus und Sporthalle
- 5 Hartplatz
- 6 Rasenfläche

Anhang 3b



Anhang 4

Weitere Schritte

- **Projekte** der Architekten werden bis im **Januar 2018** eingereicht
- Nach der Jurierung ist eine **Ausstellung** für die Öffentlichkeit vorgesehen
- Die Logis Suisse AG wird die «Verteilzentrale» bis zum Baustart zwischen nutzen. Mit der **Zwischennutzung** bis zum Baustart wurde die Raum auf Zeit GmbH beauftragt. (www.raum-auf-zeit.ch)

